

Kleine Fächer – „Auslaufmodell“ oder Zukunftschance für Universitäten?

Vortrag beim Philosophischen Fakultätentag
in der Universität Bamberg am 27.11.2015

von
Josef Lange¹

1. Vorbemerkung

Odo Marquard wird immer wieder zitiert mit der „Unvermeidlichkeit der Geisteswissenschaften“ als Kompensationswissenschaften oder Kompensationshelfer,² einer Argumentation, die in der politischen Diskussion immer weniger überzeugt.

Als Alternative stellt sich sehr überzeugend die These von Hans Ulrich Gumbrecht aus seinem Vortrag bei der Hochschulrektoren-Konferenz (HRK) am 11. Mai 2015. Nach Gumbrecht muss es darum gehen, „Enthusiasmus“ zu wecken, um „den geheimen Status der Geisteswissenschaften als Ort des akkumulierten Ressentiments aufzuheben, ... [der] dazu geführt hat, dass die Geisteswissenschaften manchmal zu einem Sumpf werden, aus dem nichts als Verschwörungstheorien hervorgehen“.³ Dieser sehr provozierenden These eines Professors der Stanford University, der aber, auch wenn er inzwischen amerikanischer Staatsbürger ist, die Entwicklung von Wissenschaft und Hochschulen in Deutschland über viele Jahrzehnte sehr intensiv beobachtet hat, ist nicht zu widersprechen, wenn ich auf meine eigenen Erfahrungen als ehemaliger politischer Beamter – denn solche sind Staatssekretäre – oder Wissenschaftsadministrator blicke. Deshalb im Folgenden pragmatische, politische und perspektivische Betrachtungen eines Wissenschaftsadministrators.

2. Herausforderungen für Universitäten

Welchen Herausforderungen sehen sich Universitäten heute gegenüber? Die Frage gilt für große wie für kleine Universitäten, ist auch auf Fachhochschulen zu übertragen. Der Vortrag beschränkt sich ganz bewusst auf Universitäten. Universitäten stehen im Wettbewerb. Diese Aussage wird vielfach als ganz aktuell bezeichnet, manchmal ist zu lesen, dies sei seit 25 oder seit 30 Jahren der Fall, seit der Wissen-

¹ Dr. Josef Lange, Staatssekretär a.D., Hannover. Kontakt: j.lange-bornheim@t-online.de

Es handelt sich um den Text eines auf der Grundlage einer PowerPoint-Präsentation frei gehaltenen, leicht redigierten Vortrags, ergänzt um Quellen- und Literaturhinweise. Ich danke Frau Elisabeth Zwyer, Sekretariat von Frau Prof. Dr. Heidrun Alzheimer, Lehrstuhl für Europäische Ethnologie der Universität Bamberg, für die Transkription des Mitschnitts.

² Odo Marquardt, 1986, Über die Unvermeidlichkeit der Geisteswissenschaften, in: http://www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Geisteswissenschaften/geisteswissenschaften_1986_2.pdf

³ Hans Ulrich Gumbrecht, Die ewige Krise der Geisteswissenschaften – und wo ist ein Ende in Sicht? hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn 2015 (=Beiträge zur Hochschulpolitik 4/2015), S. 27

schaftsrat seine Empfehlungen zum Wettbewerb im Jahre 1985 veröffentlicht hat.⁴ Solche Feststellungen übersehen, dass europäische Universitäten schon zur Gründungszeit im Mittelalter im Wettbewerb standen, wenn z. B. Studierende mit ihren Professoren von A nach B umsiedelten – so kam manche Universitätsgründung zustande.⁵

Universitäten stehen im Wettbewerb um Reputation, um Personen und um Wissenschaftler, um wissenschaftlichen Nachwuchs sowie Studierende. Auch im administrativen Bereich besteht bei den Leitungspositionen an Universitäten ein heftiger Wettbewerb, jedenfalls auf nationaler Ebene. Wettbewerb herrscht bei Ressourcen, bei Drittmitteln selbstverständlich für Forschung – nach Prognose des Verfassers in zehn bis fünfzehn Jahren auch wieder bei Drittmitteln für die Lehre, auch wenn das Stichwort Studienbeiträge derzeit kaum jemand hören will. Ferner besteht in nahezu allen Ländern in Deutschland ein Wettbewerb um die Grundausstattung über leistungs- und belastungsorientierte Mittelausstattung – mit unterschiedlichen Indikatoren, die zuweilen nicht klug gewählt zu sein scheinen. Es gibt Indikatorenmodelle, die von ihrer Struktur her so gestaltet sind, dass sie kleine Fächer ruinieren, dass sie auch Universitäten letztlich in ihren Zukunftsperspektiven ruinieren. Das hängt auch davon ab, wie Landesregierungen mit ihren Universitäten umgehen, ob im Dialog gemeinsam tragfähige Indikatoren vereinbart werden, ob man sich gemeinsam vorbehält, diese regelmäßig zu überprüfen, damit nicht Fehlanreize geschaffen werden, oder ob das seitens des Landes *top-down* dekretiert wird.

Daraus ergeben sich Wettbewerbsfähigkeit und Potential für wissenschaftliche Entwicklung. Wettbewerbsfähig zu sein bedeutet auch zu realisieren, dass auch alte, traditionelle Volluniversitäten nicht mehr für sich in Anspruch nehmen können, alle Fächer in all' ihrer Ausdifferenzierung in sich zu vereinen. Es gehört zu den „Lebenslügen“ der „Volluniversitäten“ in Deutschland, dass manche diesen nicht realisierbaren Anspruch noch erheben.

Demzufolge geht es um Profilbildung im Wettbewerb. Für Profilbildung sind Prioritäten und Posterioritäten erforderlich. Prioritäten zu setzen, ist einfach, wenn dazu zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Der Freistaat Bayern gehört zu den wenigen Ländern in Deutschland, die dazu – noch? – in der Lage sind. Und der Freistaat Bayern hat zusätzliche Mittel, die er seit mehreren Jahrzehnten in die Hochschulen investiert hat, aus der Außensicht klug investiert. Aber diese positive Form von Prioritätensetzung schließt das Setzen von Posterioritäten ein: Das kann beispielsweise bedeuten, bestimmte Fächer oder Studiengänge an Universitäten einzustellen – so hat die Nachbaruniversität in Bayreuth vor einigen Jahren auf die Lehrerausbildung für Grund- und Hauptschullehrer verzichtet, obwohl diese dort eine Tradition von mehr als hundert Jahren hatte, weil anders bei begrenzten Ressourcen die Profilbildung nicht hätte gelingen können. Die Kehrseite der Profilbildung durch Setzen von Prioritäten und Posterioritäten sind Kooperation und strategische Allianzen. Das gilt auf der Ebene der Universitäten, das gilt auf der Ebene der Fakultäten, das gilt insbesondere auch auf der Ebene der kleinen Fächer.

Universitäten stehen vor der Herausforderung, eine *Corporate Identity* zu bilden. Jürgen Mittelstraß hat einmal gesagt, charakteristisch für deutsche Professoren sei, dass sie in der Universität arbeiten, für

⁴ Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem, Köln 1985

⁵ Vgl. exemplarisch die Gründung der Universität Leipzig durch Prager Magister und Studenten im Jahr 1409; <http://www.zv.uni-leipzig.de/universitaet/profil/leitbild-profil-geschichte/geschichte-der-universitaet.html>

amerikanische Professoren, dass sie für ihre Universität arbeiten, weil sie wissen, dass ihr persönliches Fortkommen vom Erfolg ihrer Universität abhängt.⁶ Das damit indirekt beschriebene Spannungsverhältnis zwischen individueller und institutioneller Freiheit, Autonomie und Verantwortung der Wissenschaft ist nicht in allen Universitäten in Deutschland hinreichend ausbalanciert.

Schließlich erfordert Profilbildung eine strategische Planung für Schwerpunkte und für Berufungspolitik. Aber in der Berufungspolitik müssen Fakultät und Universität, aber auch das Land so flexibel sein, dass auf Erfolge und Misserfolge mit einer Änderung der Strategie und der Zielrichtung reagiert werden kann. Es kommt immer darauf an, die Besten zu finden, selbst wenn die Zielrichtung sich dadurch um einige Grade verändert. Wenn eine Universität drittklassige Wissenschaftler hat, machen diese viertklassige Forschung, das können sich Universität und Land nicht leisten. Bei drittklassiger Besetzung einer Professur für etwa 25 Jahre besteht darin die teuerste Fehlinvestition einer Universität und des sie finanzierenden Landes. Das sind die *economic terms*, mit denen Wissenschaftsressorts gegenüber Finanzministerien argumentieren müssen. Es ist billiger, für einen wirklich guten, für eine wirklich gute Professorin mehr Geld auszugeben und dafür an anderer Stelle zu sparen, als drei mittelmäßige zu haben.

3. Daten, Zahlen, Fakten

Im Wintersemester 2015/16 sind nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts knapp 2,8 Millionen Studierende an Hochschulen in Deutschland immatrikuliert.⁷ Davon sind knapp 1,8 Millionen an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen und Theologischen Hochschulen eingeschrieben. Darunter dürften knapp 500.000 im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften studieren, das heißt knapp 30 Prozent. Bei Promotionen und Habilitationen hatten die Sprach- und Kulturwissenschaften im Jahre 2013 rund 3000 Promotionen und rund 270 Habilitationen zu verzeichnen.⁸ Das entspricht ungefähr dem Anteil der Sprach- und Kulturwissenschaften an der Gesamtzahl der Studierenden, wenn man bei den Promotionen von den Promotionen in der Medizin aufgrund deren besonderer Situation absieht. In den Sprach- und Kulturwissenschaften wurden rund 75.000 Abschlussprüfungen bestanden, darunter knapp 11.000 universitäre Abschlussprüfungen, 26.000 im Lehramt, 28.800 Bachelor- und knapp 10.000 Masterabschlussprüfungen. Bei den laufenden Ausgaben der Universitäten haben die Sprach- und Kulturwissenschaften von den gut 17 Milliarden Euro Ausgaben der Universitäten, ohne Medizin, im Jahr 2013 gut 1,9 Milliarden ausgegeben.⁹ Wichtig ist eine Zahl, die in der öffentlichen Diskussion kaum genannt wird: Im Jahr 2014 waren knapp 26.000 Mitglieder des Wissenschaftlichen Personals, darunter 14.000 Wissenschaftlerinnen, und davon gut 5.400 Mitglieder der Professorengruppe, darunter gut 2000 Professorinnen, in den Sprach- und Kulturwissenschaften der Universitäten tätig.¹⁰

Die Geisteswissenschaften sind auch bei Drittmitteln erfolgreich, wie der Förderatlas der DFG zeigt.¹¹ Bemerkenswert ist, wie Universitäten sich in den verschiedenen Gruppierungen der Sprach- und Kulturwis-

⁶ Sinngemäß zitiert nach Erinnerung des Verf.

⁷ Pressemitteilung vom 25. November 2015 – 432/15

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Prüfungen an Hochschulen 2013, Wiesbaden 2014

⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Finanzen der Hochschulen 2013, Wiesbaden 2014

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Personal an Hochschulen – Vorl. Ergebnisse 2014, Wiesbaden 2015, S. 92; 183

senschaften orientieren. Dies wird darin deutlich, dass bei den ersten 40 Universitäten in den Untergliederungen den Sprach- und Kulturwissenschaften auch Universitäten zu finden sind, die unter den Top-Forty ansonsten nicht auftauchen. Dies erscheint als Zeichen gelungener Profilbildung.

4. Kleine Fächer in den Geisteswissenschaften

Nach der Potsdamer und Mainzer Definition werden als „kleine Fächer“ solche Fächer definiert, für die am jeweiligen Universitätsstandort nicht mehr als drei Professuren bestehen, oder deren Fach nur an circa 10 Prozent der Universitäten in Deutschland vorhanden ist.¹² Es gibt zu dem Thema auch eine europäische Diskussion,¹³ die nach gegenwärtigem Stand, soweit bekannt, zu dem Ergebnis kommt, die Frage der kleinen Fächer sei eher auf nationaler Ebene zu regeln.

Im Jahre 2015, so die im Sommer d. J. veröffentlichte Erhebung der Mainzer Forschungsstelle, gab es in den Geistes- und Kulturwissenschaften in Deutschland insgesamt 1421 Professuren.¹⁴ Das sind bezogen auf die gut 5.400 Professuren der Geistes- und Kulturwissenschaften insgesamt gut 26 Prozent aller Professuren. 26 Prozent aller geisteswissenschaftlichen Professuren sollen in den kleinen Fächern sein? Das wirft die Frage auf: Gibt es eine so starke Binnendifferenzierung der kleinen Fächer? Oder verbergen sich dahinter auch Definitions- und verdeckte Strukturprobleme? Die Frage ist hier zu stellen, ohne sie zu beantworten. Dazu bedarf es vertieften Studiums der Daten und der dahinter liegenden Fakten in einer oder mehreren Arbeitsgruppen, um dem auf den Grund zu gehen.

Denn eine Diskussion allein über die Aussage: „Gut ein Viertel aller Professuren in den Geistes- und Kulturwissenschaften in Deutschland wirkt in den kleinen Fächern“, ist keine Erfolg versprechende Diskussion mit Finanzministern. Deshalb ist der Sache nachzugehen. Ein Beispiel: Bei den kleinen Fächern tauchen keine African Studies auf, aber die Afrikanistik. In Bayreuth, Mainz, Frankfurt und Köln sind Sonderforschungsbereiche in der Afrikanistik, Afrikanologie, den African Studies gefördert worden. An der Universität Bayreuth wird seit 2007, eine Graduiertenschule für African Studies gefördert, die nach dem internen Ranking der Graduiertenschulen in der Exzellenzinitiative auf Platz 1 aller Graduiertenschulen in den Geistes- und Kulturwissenschaften stand. Bereits in den 1990-er Jahren war dieser Standort als Schwerpunkt für African Studies in den USA weithin bekannt. Also: Gehören African Studies zu den kleinen Fächern? Dies ist eine Frage, die gestellt werden muss, wenn man verantwortlich ist für Geistes- und Kulturwissenschaften und auch für kleine Fächer. Ist es nicht sinnvoll, an wenigen Standorten in Deutschland diese und ähnliche Bereiche so stark auszubauen, dass sie national und international sichtbar sind und dafür an anderer Stelle darauf zu verzichten?

¹¹ Deutsche Forschungsgemeinschaft, Förderatlas 2015. Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland, Weinheim 2015, insbes. S. 120 ff. Vgl. auch die Online-Version: www.dfg.de/foerderatlas

¹² <http://www.kleinefaecher.de/in-abgrenzung-zu-grossen-faechern/>

¹³ Vgl. COST Association, Exploratory Workshop “Integrating the Stake of Rare Disciplines at the National and European Level”, 09 September 2015. Programm und Präsentationen unter: http://www.cost.eu/events/rare_disciplines

¹⁴ Quelle: Arbeitsstelle Kleine Fächer U Mainz 12.8.2015; www.kleinefaecher.de/entwicklung-der-professuren-und-standortzahlen-in-den-kleinen-faechern/ – Zugriff 28.10.2015

Zu verzeichnen ist, nach den Zahlen der Mainzer Forschungsstelle, ein Rückgang bei den alten Sprachen und Kulturen, in der Archäologie, in den Geschichtswissenschaften und in den Europäischen Sprach- und Literaturwissenschaften. Bei den Alten Sprachen und Kulturen ist ein schon gravierender Verlust von knapp einem Viertel zu verzeichnen, in den Archäologien ist der Rückgang nicht sehr groß, in den Geschichtswissenschaften sind Verluste von rund zehn Prozent und auch in den Europäischen Sprach- und Literaturwissenschaften Verluste von etwa zehn Prozent in der Zeit von 1997 bis 2015 zu verzeichnen.

5. Geisteswissenschaften: Fragen – Antworten

Wenn man die Frage stellt, „Kleine Fächer – Zukunftschance oder Auslaufmodell?“, muss man die Frage präzisieren: Wozu braucht man diese? Und das sind Fragen an die Geisteswissenschaften generell, wenn man nicht der These von Odo Marquard von deren Unvermeidlichkeit zustimmt. Bei einem anderen, eher pragmatischen Ansatz, stellt sich für Geisteswissenschaften oder stellen Geisteswissenschaften die Fragen, die immer wieder neu gestellt wurden und werden: woher, wohin, wozu?

Geisteswissenschaften formulieren Fragen aus verschiedenen Fächern oder Disziplinen unter verschiedenen Sichtweisen, unter verschiedenen zeitlichen Perspektiven, aus verschiedenen Sprachen. Unter „Sprachen“ sind zumindest Literatur, Kunst, Musik, Recht, Theologie zu fassen. Sie beziehen sich auf oder beschreiben unterschiedliche Ansätze, um die Gegenwart und ihre Probleme zu beschreiben und mit ihnen umzugehen. Es geht aber nicht nur darum, Fragen zu stellen und – bildlich gesprochen – die Forschungslöcher immer tiefer zu bohren, sondern es geht darum, aus diesen Erkenntnissen an Einzelpunkten in der Analyse auch Synthesen zu entwickeln. Synthesen, die nicht alles über einen Leisten scheren, sondern die entwickelt werden mit Respekt vor der anderen Person, vor dem anderem Fach, das andere Ansätze hat, vor der anderen Weltanschauung, mit Respekt vor dem Fremden.

Gerade die kleinen Fächer sind Fächer, die unterschiedliche Blickweisen eröffnen. Wissenschaft, Gesellschaft und Praxis benötigen die Pluralität der Fragen und Antworten. Die Stichworte Schulbildung und Ideologiekritik in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften sind in ihrer Problematik hinreichend bekannt. Wissenschaft, Hochschulen und Praxis bedürfen auch bei institutioneller Profilbildung der Pluralität der Fächer und Sichtweisen. Das ist sicherlich schwierig, aber es darf nicht sein, dass bei bestimmten Schwerpunktbildungen an wenigen Standorten in Deutschland alle Professuren aus der gleichen Schule besetzt werden. Das wäre eine Blickverengung, auch in der Wissenschaft, die für die wissenschaftliche Entwicklung gefährlich ist. Und institutionelle Profilbildung bedeutet, dass Abschied zu nehmen ist von beliebigen, historisch überkommenen Fächerkonstellationen.

Nicht alles, was traditionell überkommen ist, kann für die Zukunft weiter fortgeführt werden – dazu ein Beispiel. Vor einigen Jahren gab es an der Friedrich-Schiller-Universität Jena eine Diskussion, ob der einzige Lehrstuhl für Kaukasiologie in Deutschland wieder besetzt oder gestrichen werden sollte? Die Diskussion hatte sich erledigt, als die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kaukasus und vor allem in der Ukraine begannen, weil bewusst wurde, dass man gut beraten wäre, zu dem, was im Kaukasus geschieht, mehr zu wissen als das, was in Zeitungen zu lesen ist, mehr zu wissen als das, was Geheimdienste wissen, mehr zu wissen, was Sprache, Kultur, Geschichte, Gesellschaft angeht. Bei der Besetzung der Professur stellte sich heraus – dies gilt exemplarisch und kann auf viele kleine Fächer übertragen werden –, dass einen solchen Anspruch eine einzelne Wissenschaftlerin, ein einzelner Wissenschaftler ange-

sichts der Methodendifferenzierung und der Wissensausweitung überhaupt nicht mehr erfüllen kann. Deshalb läuft derzeit eine Diskussion an der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Wie können wir aus einer Professur zwei machen? Und ist die Finanzierung möglicherweise in Vernetzung mit anderen zu schaffen? Denn der Freistaat Thüringen hat den Thüringer Hochschulen vorgegeben, in den Jahren 2015 und 2016 sieben Prozent der Stellen zu sparen, das bedeutet für die Friedrich-Schiller-Universität 125 Stellen in zwei Jahren.

Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zu den Geisteswissenschaften vor knapp zehn Jahren einiges ausgeführt, was auch heute noch gültig ist. „Die Zukunft der Geisteswissenschaft liegt im Bereich der Forschung in einer methodologisch bewussten, historisch präzise argumentierenden, gesellschaftlich kommunizierbaren und zugleich die Gesellschaft konstituierenden Forschung“.¹⁵ „Die Geisteswissenschaften sind Ausweis der Kultur- und Forschungsnation Deutschland und wirken gleichermaßen an der kulturellen und politischen Selbstvergewisserung Deutschlands unter der ökonomischen Wertschätzung mit“.¹⁶ Dieses Selbstbewusstsein müssen Geisteswissenschaftler und auch Vertreterinnen und Vertreter kleinerer Fächer nach außen tragen!

Wirtschaftsstandorte werden auch davon bestimmt, dass es ein wissenschaftliches und kulturelles Umfeld gibt. Dies bestätigen Industrie- und Handelskammern oder auch Wirtschaftsministerien. Wenn es um die Ansiedlung ganz großer Unternehmen geht, kommen auch Wirtschaftsminister zu Wissenschaftsministern, ob man da nicht irgendwie behilflich sein könne.

6. Notwendigkeiten für Geisteswissenschaften

Geisteswissenschaften brauchen Freiräume, wie die Wissenschaft insgesamt, aber für die Geisteswissenschaft mit ihrer Anfälligkeit für Ideologien und Vereinnahmungen gilt dies erst recht.

Geisteswissenschaften benötigen Kontinuität und institutionelle Verlässlichkeit. Die Hochschulpolitik einer Landesregierung oder einer Hochschulleitung, die alle drei oder fünf Jahre die Richtung ändert, führt mit Sicherheit dazu, dass Geisteswissenschaften sich nicht entwickeln können, weil die Entwicklungsperspektiven umfassender und die Entwicklungszeiten länger sind als in der Informatik, in der Nanotechnologie oder im Bereich der *Life Sciences*. Geisteswissenschaften sind auf Mehrsprachigkeit angewiesen.

Geisteswissenschaften leben nicht nur mit und von Deutsch und Englisch. Vielmehr laufen Geisteswissenschaften in die Gefahr hinein, dass sie mit der Lingua franca der modernen Wissenschaften – „this common laboratory language which was called English in former times“ – zumindest in eine Verkürzung der Begriffe und der Ausdrucksfähigkeit geraten. Geisteswissenschaften sind angewiesen auf die Mehrsprachigkeit, sowohl was die Sprachen angeht als auch was den Bereich des Geistes angeht mit Kunst und Musik einschließlich Theologie.

Geisteswissenschaften benötigen zwingend den internationalen Austausch. Wolfgang Frühwald hat einmal ausgeführt: „Wer in der Germanistik auf dem neuesten Stand sein will und germanistische Literatur

¹⁵ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland, Köln 2006, S.139

¹⁶ Ebd. S. 7

aus Amerika und Japan nicht zur Kenntnis nimmt, ist nicht auf dem neuesten Stand“.¹⁷ Geisteswissenschaften benötigen den internationalen Austausch, damit miteinander geredet wird und nicht übereinander geredet wird, damit miteinander geforscht wird, gelehrt wird, gelernt wird, statt übereinander zu forschen und zu lehren. Geisteswissenschaften, Gesellschaft und Praxis müssen weg von dem, was Polemiker den „Kolonialismus in der Forschung“ genannt haben. Dies beginnt bei den Studierenden und führt selbstverständlich zu den Nachwuchswissenschaftlern und Post doc's: notwendig ist der internationale Austausch. Selbstverständlich sind auch kleine Fächer gut beraten, wenn sie ausländische Gastwissenschaftler und Gastwissenschaftlerinnen haben, die andere Blickwinkel und Sichtweisen mit- und einbringen.

Die Chancen des E-Learning sind nicht einmal in der Informatik ausgeschöpft – von den Geistes- und Kulturwissenschaften ganz zu schweigen.

Die Geisteswissenschaften benötigen eine Intensivierung der fachlichen und überfachlichen Kommunikation und auch der interdisziplinären Kooperation. Archäologie auf dem neuesten Stand ist ohne Naturwissenschaften, ohne Ingenieurwissenschaften schwerlich vorstellbar. Und im Studium der europäischen Geschichte muss die Meteorologie Mitteleuropas seit ungefähr 1200 selbstverständlicher Bestandteil sein, denn aus den schriftlichen Quellen allein sind – abgesehen von Extremsituationen – keine Rückschlüsse darauf zu ziehen, welchen Einfluss das Klima worauf hat? Ein Beispiel: Weshalb gibt es in Norddeutschland alte Wegebezeichnungen, die den Schluss zulassen, dass dort Wein angebaut wurde. Das hat etwas mit Klimawandel zu tun. Geisteswissenschaften sind auf die Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften angewiesen, auch da sind die Beispiele der Archäologie und der Alten Geschichte nennen.

Es geht darum, den gesellschaftlichen Nutzen der Geisteswissenschaften als Gesamtheit hervorzuheben.¹⁸ Die Komplexität der Geisteswissenschaften ist sozusagen das Gegenstück zu dem, was Politik betreibt, nämlich Komplexitätsreduktion. Dennoch benötigen auch Administration und Politik in der Vorbereitung von Entscheidungen die Komplexität und die Reflexivität der Bedeutungsleistungen gegenüber den – so Peter Strohschneider – reduktionistischen globalen Erklärungen. Die einfachen Lösungen sind nicht immer die richtigen.

Es gibt in der wissenschaftlichen Entwicklung – so die Diskussion auf der europäischen Ebene – absteigende und aufsteigende Fächer. Dazu zwei Beispiele: Es bestand lange Zeit außerhalb der Indologie die Auffassung in Deutschland, man benötige nicht 27 Indologien in Deutschland. Schließlich wurde auch in der Politik bewusst, dass vielleicht nicht 27 klassische Indologien, aber wenigstens drei bis fünf Schwerpunkte in Deutschland benötigt, die man schlagwortartig mit Modern Indian Studies bezeichnet. Warum? Indien ist ein Subkontinent, der ungefähr so groß ist wie China, dessen Dynamik etwa so groß ist, der sich nur nicht so aggressiv verhält wie China. Die Frage, wie viel Islamwissenschaften braucht man, war eine sehr offene Frage, bis sich die politischen Verhältnisse im Nahen Osten dramatisch änderten. So gab es in den Jahren 1976/ 77/ 78 eine intensive Diskussion zwischen der Universität Bayreuth

¹⁷ Zitiert nach Erinnerung des Verf.

¹⁸ Vgl. dazu: Peter Strohschneider, Geisteswissenschaften. Eine Wissenschaft unter Wissenschaften, in: Leibniz. Journal der Leibniz-Gemeinschaft, 1/2007, S. 3

und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, ob und weshalb im Schwerpunkt Afrikanologie eine Professur „Islam südlich der Sahara“ erforderlich sei. In einem langen Argumentationsprozess wurde deutlich, dass entsprechende fundierte wissenschaftliche Kenntnis, also eine entsprechende Professur, unerlässlich ist, wenn man das subsaharische Afrika verstehen will. Heute wird die Frage nach der Notwendigkeit einer solchen Professur nicht mehr gestellt.

7. Spannungsfelder

Spannungsfelder werden auch in der innerwissenschaftlichen und universitären Diskussion gerne ausgeblendet, weil sie kompliziert sind, in einer Fakultät, weil sie kompliziert sind, in einem Fach und in der fachlichen Entwicklung. Es gibt dieses Spannungsfeld zwischen der fachlichen Spezialisierung in Subdisziplinen, der innerfachlichen Kooperation. Es soll in vielen Fächern durchaus nicht unüblich sein, dass die Spezialisten sich untereinander nicht mehr verstehen, weil sie unterschiedliche Fachsprachen sprechen. Wenn dieses in den kleinen Fächern geschieht, dann haben die kleinen Fächer eine große Chance vertan.

Fachliche Vertiefung auf der einen Seite und Beiträge zur Definition von Problemen und zur Lösung von Problemen auf der anderen Seite: Politik will von den kleinen Fächern wissen, was Politik sinnvollerweise tun kann.

Als Beispiel Ex-Jugoslawien. Als die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kosovo begannen, wussten viele zu wenig darüber, welche historischen Hintergründe dem zugrunde liegen. Da haben in Interviews Wissenschaftler der einschlägigen kleinen Fächer Chancen für diese kleinen Fächer vertan. Denn wenn nicht mit einfachen Worten erklärt wird, dass dort das weströmische und das oströmische Reich aufeinander stießen, die römisch-katholische Kirche und die Orthodoxie und der Islam, dass die Auseinandersetzung mit ethnischen Wurzeln zu tun hat, wenn dies nicht in verständlicher Sprache erklärt wird, dann wird irgendwann die Frage an die kleinen Fächer nicht mehr gestellt, was sie zur Lösung von Problemen beitragen können.

Es geht um das Spannungsfeld von Disziplinarität und Spezialisierung – „die Löcher immer tiefer bohren“ – und Transdisziplinarität – auch mit dem anderen noch reden und sich verständigen zu können. Das ist notwendig, um wissenschaftliche und auch gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und bezieht sich auf verschiedene Ebenen. Lokal – innerhalb der Universität, innerhalb der Stadt, innerhalb der Region – und auf der nationalen Ebene wird die Diskussion geführt, wofür brauchen wir kleine Fächer. Kleine Fächer in ihrer Breite werden nicht in jeder Universität benötigt, vielleicht auch nicht in jedem Land, kann sich auch nicht jedes Land leisten, weder Mecklenburg-Vorpommern noch das Saarland. Ein Blick auf Deutschland zeigt, dass von der Größe und finanziellen Leistungsfähigkeit her Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sich ein in sich geschlossenes Wissenschaftssystem leisten können, vielleicht auch Hessen wegen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit, alle anderen Länder sind nicht dazu in der Lage.

Also benötigen auch die kleinen Fächer die nationale und die europäische Orientierung, aber auch die globale Orientierung, denn die Probleme, mit denen Politik und Gesellschaft umgehen müssen, sind zunehmend globale Probleme. Wenn globale Probleme nur von Ökonomen beantwortet werden, dann entstehen vermutlich Lösungen, die allein nicht zukunftstauglich sind.

Es gibt das Spannungsfeld zwischen Forschung und Lehre. Allein das E-Learning wird die Lehre nachhaltig verändern. Dazu nur ein Beispiel: Das, was an Wissen verfügbar ist, kann mit wenigen Klicks aus dem Netz herausgesucht werden. Die Diskussion über Anwesenheitspflicht, wie sie in Nordrhein-Westfalen und anderenorts geführt wird, ist abstrus oder absurd: Denn bei all' diesem Wissen, was sich jeder aneignen kann – woher weiß die Studentin, woher weiß der Student, wie das Wissen einzuordnen ist? Ist es nicht vielleicht eine neue Herausforderung angesichts der Möglichkeiten von E-Learning, dass das, was vor 50 Jahren die große Vorlesung war, wieder in Mode kommen muss, damit die einzelnen Professoren oder der einzelne Professor einen großen Überblick gibt und erklärt, wie das Wissen aus seiner Sicht wo zu verorten ist? Über diese Verortung ist dann zu streiten. Die Wissens-Häppchen, die sich jeder in Kurztexten aus dem Internet herunterladen kann, führen nicht dazu, dass die Studierenden tatsächlich eine Orientierung gewinnen zur Lösung für die Probleme auf der lokalen Ebene, auf der regionalen Ebene, auf der internationalen Ebene.

Das alles ist nicht nur Zeitgeist-Diskussion. Anette Schavan hat vor fast zehn Jahren erklärt: „Wer den Zeitgeist heiratet, wird bald Witwe“.¹⁹ Aber es sei auch an Michail Gorbatschow erinnert, dem der Satz zugeschrieben wird: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Wenn ein Fach abgeschafft wurde, ist es so schnell und einfach nicht wieder eingerichtet. Wenn ein Fach, ein kleines Fach, sich durch Argumentationen, die nicht überzeugend waren, die nicht auf Fragen der Zeit geantwortet haben, ins Abseits gebracht hat, ist es auch auf der politischen Ebene gefährdet.

8. Perspektiven und Chancen für die kleinen Fächer

Die Rede vom Auslaufmodell der kleinen Fächer ist – wie gezeigt – durch Zahlen nicht belegt. Aber wenn ständig darüber geredet wird, besteht die Gefahr der *self fulfilling prophecy*. Wer selbst nicht mehr an sich glaubt, wird niemand anderen davon überzeugen können, dass er ihm glauben soll oder sie an ihn glauben soll. Wenn der Wissenschaftsminister/ die Wissenschaftsministerin nicht davon überzeugt ist, dass und wofür kleine Fächer notwendig sind und dies argumentativ belegen kann, dann werden Finanzminister und Haushaltspolitiker auch nicht überzeugt. Sowohl dafür als auch für erfolgreiche Argumentationen gibt es Beispiele.

Also: die Differenzierung aufsteigende – absteigende Fächer ist zu beachten, und zwar in der langen Perspektive eines Faches, nicht in den Perspektiven aktueller politischer Zielsetzungen in laufenden Legislaturperioden. Wolfgang Frühwald hat immer wieder betont: Investitionen in Wissenschaft rechnen sich nicht in Quartals- und Jahresbilanzen. Und sie rechnen sich auch nicht in Legislaturperioden. Selbst wenn in diesem Jahr einen neuen Studiengang eingerichtet wird, werden die ersten Absolventen erst in der Mitte der nächsten Legislaturperiode ihr Studium abschließen, weil ein Masterstudiengang rund fünf Jahre erfordert. Wenn ein Studiengang heute geschlossen wird, werden die Mittel auch nicht sofort frei, weil diejenigen, die in diesem Jahre begonnen haben, noch einen (Rechts-)Anspruch darauf haben, ihr Studium abschließen zu können.

Das sind die langen Bewegungen, weshalb die Wissenschaftspolitik es in der allgemeinen Politik manchmal etwas schwer hat. Denn natürlich orientieren sich die Abgeordneten immer am nächsten Wahltag, auch weil sie zum Teil in ihrer Existenz davon abhängig sind.

¹⁹ FAZ 13.08.2006

Es geht um die inhaltliche Profilierung wirklicher kleiner Fächer. Die kleinen Fächer müssen intern diskutieren, ob die Mainzer/ Potsdamer Definition tragfähig ist, oder ob sie nach zehn Jahren zu überarbeiten ist, um nicht Gefahr zu laufen, dass alle Geisteswissenschaften als kleine Fächer bezeichnet werden. Das wäre politisch und insbesondere finanzpolitisch nicht vermittelbar. Das gilt auch an kleinen Universitäten. Das gilt für Forschungsschwerpunkte. Das gilt bei der Denomination von Professuren. Und das gilt auch für die Vernetzung.

Auf Dauer wird ein kleines Fach nicht mit der Ein-Personen-Vertretung des Faches weiter leben können. Die Entwicklung der Wissenschaft in der Spezialisierung²⁰ bringt als Kehrseite die Vernetzung mit sich. Da wird differenzierter nachzudenken und auch zu prüfen sein, ob nicht der Verzicht auf die Vertretung eines Faches in einer Universität bei Verstärkung an anderer Stelle angezeigt ist: Stichwort Universitätsverbünde. Dass diese Überlegungen beliebig kompliziert sind, ist bekannt. Doch wenn sich niemand auf den Weg macht, findet man dafür auch keine Lösung. Vernetzungen und Schwerpunktbildungen in Universitätsverbänden haben nur Sinn, wenn sie langfristig angelegt sind. Denn diese Profilierung lässt sich nur vornehmen bei Freiwerden von Professuren. Für strategische Entwicklungsplanungen brauchen Universitäten einen langen Atem. Jeder Versuch, bei zufälligem Freiwerden einer Professur die Profilbildung kurzfristig *top-down* zu gestalten, führt dazu, dass inneruniversitär und innerfachlich Verwerfungen entstehen, die gerade bei kleinen Fächern nicht wieder aufgefangen werden können – weder von der Hochschulleitung, noch von der Dekanin oder dem Dekan.

Große Perspektiven und Chancen bestehen in der fachlichen Entwicklung durch Kooperation: Beispiel Archäologie mit Altertumswissenschaften, mit Naturwissenschaften, mit Kulturwissenschaften. Das lässt sich auf viele andere Bereiche übertragen. Auch Ägyptologie ist nicht mehr ohne Naturwissenschaften zu betreiben. Die Möglichkeiten der Big Data sind wahrscheinlich noch nicht überall wahrgenommen worden. Denn das, was z.B. die Fraunhofer-Gesellschaft bei der Wiederherstellung der Reißwolf-Schnipsel der Stasi hat leisten können, lässt sich systematisch auch für andere Bereiche einsetzen. Big Data ermöglicht, Fragen neu zu stellen und Dinge zusammen zu fügen, für die ein Gelehrtenleben bei aller Schaffenskraft nicht ausreicht.

Notwendig sind überregionale wissenschaftliche Perspektive und Kooperation, die Einbeziehung des Unterschiedlichen, des Anderen, des Fremden, auch in der Lehre. „Not studied here, not accepted here“: Das kann sich ein kleines Fach, das kann sich im Grunde kein Fach mehr leisten. Es geht hier vor allem um die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen. Als Beispiel sei das PONS-Netzwerk Archäologie genannt, das seit 2009 von der VolkswagenStiftung gefördert wurde. Dieses Netzwerk umfasst inzwischen 24 verschiedene Standorte von Archäologie. Und die VolkswagenStiftung fördert neu einen Verbund für Geistes- und Kulturwissenschaften mit insgesamt zwölf Fächern, koordiniert vom Standort Göttingen aus, mit 850.000 Euro.²¹

Es sollte auch keine Neuerung, sondern selbstverständlich sein, gemeinsame Sommerschulen, Kompakt-Seminare, Kompakt-Veranstaltungen zu organisieren, um für die Studierenden die Breite der Fächer besser darstellen zu können. Es geht um die fachliche Entwicklung im gesamtstaatlichen und auch im euro-

²⁰ Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, Berlin ⁶1975, S. 11 f.

²¹ Pressemitteilung Nr. 290/2015 der Universität Göttingen vom 25.11.2015

päischen Kontext. Das müssen die kleinen Fächer selbst machen. Wer sich nicht selbst auf den Weg macht, wird auf den Weg gebracht. Das „auf den Weg bringen“ geschieht von denen, die weniger von dem Fach verstehen als die Fachvertreter. Dies ist auch eine neue Herausforderung für die Fachgesellschaften.

Es sollte auch nicht „unanständig“ sein, sondern angestrebt werden, gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen zu betreiben, beispielsweise mit Max-Planck-Instituten, mit WGL-Instituten oder auch mit den Akademien der Wissenschaften. Im Jahr 2014 hat die Universität Mainz durch gemeinsame Berufung mit der Mainzer Akademie eine Juniorprofessur besetzt.²² Da die Akademievorhaben als Langfristvorhaben in der Regel auf zehn bis fünfzehn Jahre angelegt sind, ist über diese Art von Durchlässigkeit zwischen Akademien und Universitäten intensiver nachzudenken. Da gilt auch heute, was Wilhelm von Humboldt über die Universitäten gesagt hat zur lebendigen Auseinandersetzung über die Wissenschaft,²³ die in dieser Form in Akademien nicht vorkommt. Deshalb auch die Anregung, über Verknüpfungen mit den Akademien nachzudenken und diese auch personell voranzutreiben. Es geht um Verankerungen für die kleinen Fächer.

Es geht um die Verankerungen in der Universität, denn nicht alle kleinen Fächer haben in ihren Universitätsleitungen Anwälte. Es geht um die Vernetzung bei der nationalen und auch internationalen Positionierung in der Konkurrenz. Es geht um Drittmittelinwerbung: hier sind alle Instrumente zu nutzen, die Einzelanträge bei der DFG, die Koselleck-Projekte für die risikoreichen Forschungsvorhaben, die ERC-Grants.

Strukturierte Förderprogramme sind auch von kleinen Fächern zu nutzen: Bei den Sonderforschungsbereichen ist es vielleicht schwierig wegen der Größe, aber Forschergruppen, Kollegforschergruppen und Graduiertenkollegs bieten sich an. Für die internationale Zusammenarbeit sind die Möglichkeiten des DAAD, der Alexander von Humboldt-Stiftung und der anderen Stiftungen zu nutzen. Auch das Akademienprogramm eröffnet Möglichkeiten für kleine Fächer.

Perspektiven und Chancen hängen auch davon ab, ob und wie die Ergebnisse der Wissenschaft an die politische und allgemeine Öffentlichkeit in verständlicher Sprache vermittelt werden. Es geht um die öffentliche Rede über Ergebnisse der Wissenschaft. Welche Fragen wurden gestellt, welche Ergebnisse gefunden, auch wenn nicht die Antworten gefunden wurden, die man erwartet hat. Darüber in öffentlicher, in verständlicher Rede zu sprechen, ist Aufgabe und Herausforderung für die Geisteswissenschaften, vor allem die kleinen Fächer. Wer Fachsprachen nutzt, die niemand versteht, darf sich nicht wundern, wenn er nicht verstanden wird. Politiker sind darauf angewiesen, in verständlicher Sprache, die

²² Pressemitteilung der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz vom 06.05.2014 über die Einrichtung einer gemeinsamen Juniorprofessur mit der Universität Mainz „Historische Semantik“ in der Abt. Ältere deutsche Literatur und Sprache der Universität; Finanzierung je zur Hälfte durch Universität und Akademievorhaben Mittelhochdeutsches Wörterbuch.

²³ „Der Gang der Wissenschaft ist offenbar auf einer Universität, wo sie immerfort in einer großen Menge und zwar kräftiger, rüstiger und jugendlicher Köpfe herumgewälzt wird, rascher und lebendiger. ... Das Universitätslehren ist ferner kein so mühevolleres Geschäft, dass es als eine Unterbrechung der Musse zum Studium und nicht vielmehr als Hilfsmittel zu demselben gelten müsste“. (W. v. Humboldt: Über die Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten zu Berlin, in: Werke, hrsg. Von Andreas Flitner u. Klaus Giel, Band IV, Darmstadt 1982, S. 255–266, 262)

immer noch wissenschaftlich korrekt sein muss und kann, Ergebnisse von Wissenschaft vermittelt zu bekommen. Das gilt vor allem für Area Studies, das gilt auch für die Geschichte.

Fachentwicklungspolitik ist wie Hochschulpolitik entscheidend Berufungspolitik. Gumbrecht hat auf den „Sumpf“, die akkumulierten Ressentiments verwiesen – aus dem Sumpf müssen die kleinen Fächer herauskommen, wenn sie überleben und prosperieren wollen. Das ist ihre Chance und Perspektive.

9. Zukunft der Universität

Wissenschaft ist auf der einen Seite Reproduktion des Bekannten in der Lehre, aber sie ist insbesondere im Bereich der Forschung „Erwartung des Unerwarteten“, etwas Neues zu finden – das gilt auch für die kleinen Fächer.

Universität ist nicht Selbstzweck, sondern sie ist Ort des Ermöglichens von Wissenschaft durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Diese sind Individualisten wie Künstler – das weiß jede Hochschulleitung, das sollte jedes Ministerium wissen.

Universitäten sind der Ort von Bildung, die mehr ist als „Education and Training“, und sie sind Ort kritischer Reflexion in der Gesellschaft. Wenn dieser Ansatz von den kleinen Fächern ernst genommen und umgesetzt wird und wenn die kleinen Fächer ihr kritisches Nachdenken in verständlicher Sprache vermitteln, dann werden sie als Gesprächspartner ernst genommen.

Studierende sind Mitglieder, nicht Kunden der Universität, aber Universitäten müssen sich um diese Mitglieder mehr kümmern. Es geht um Eigenverantwortung und Rechenschaftslegung. Die Einforderung von Autonomie funktioniert nur, wenn über autonomes und eigenverantwortliches Handeln Rechenschaft abgelegt wird. Die Forderung, wir brauchen mehr Geld, dann fällt uns etwas ein, wirkt in der Politik seit Jahrzehnten nicht mehr. Aber: Für gute Ideen gibt es auch in Zeiten knappen Geldes immer noch Mittel, sogar im Saarland, sogar in Bremen, sogar in Sachsen-Anhalt, um die drei Länder zu nennen, die als Haushaltsnotlage-Länder unter Kuratel stehen.

Was heißt das für Hochschulmanagement und -politik? Sie müssen verlässlich sein in der Routine. Sie müssen eine strategische, über die Legislaturperiode hinausgehende Planung entwerfen und auch eine entsprechende Finanzierung sichern, was nicht ganz einfach ist. Sie müssen dies tun, damit Unerwartetes möglich wird und die Freiheit der Wissenschaft für die Institution Universität und für die Einzelnen in der Institution Universität gewährleistet werden kann.

Dabei sollte der Grundsatz gelten, Gemeinwohl geht vor Eigennutz. Wenn nur die eigennützigen Interessen einer Vielzahl von Einzelfächern in einer Universität bestehen und die Einzelfächer nicht zusammengebunden werden, dann ergibt sich kein Gemeinwohl für die Institution Universität. Eine Universität ist mehr oder sollte mehr sein als die Summe ihrer Einzelfächer. Wissenschaft und Universität benötigen Enthusiasmus für die kleinen Fächer, für die Geisteswissenschaften. Nur dann können sie glaubwürdig in Politik und Öffentlichkeit mit Aussicht auf Erfolg für sich und für diese werben. Sie benötigen dafür einen langen Atem!